

Bestimmung nach Art des vorgewählten, für den  
entsprechenden Finanzrat gültigen zu treffen sein, in dem  
Sinne, daß mindestens eine Zweidrittel, wenn nicht gar  
eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist, um im politischen  
Parlament eine vom Wirtschaftsparlament abgeleitete Vor-  
lage dennoch mit Gesetzeskraft auszuüben. Das auf be-  
rufshändiger Grundlage erstellte Wirtschaftsparlament  
würde so als im wesentlichen gleichberechtigter Faktor der  
Gesetzgebung neben das politische Parlament treten, dem  
neben allen rein politischen Angelegenheiten, wie Ver-  
fassung- und Wahlfragen, vor allem das finanzielle Ver-  
waltungswesen vorbehalten bleibt. Der Gang der Gesetzgebung  
würde dann so sein, daß alle Vorlagen wirtschaftlichen, finan-  
ziellen oder sozialen Charakters zunächst zum Zwecke ihrer  
fachlichen Erörterung dem Wirtschaftsparlament vorgelegt  
werden müßten, und erst nach dessen Beschlußfassung an  
das politische Parlament gelangen dürften. Stimmt letz-  
teres einem vom Wirtschaftsparlament angenommenen Ent-  
wurf mit einfacher Mehrheit zu, so ist das Gesetz fertig.  
Bezieht das politische Parlament den Entwurf dagegen ab  
und beharrt das Wirtschaftsparlament auf seiner Annahme,  
so muß das politische Parlament seinen Beschluß unter den  
angedeuteten erschwerenden Bedingungen wiederholen, um  
den Widerstand des Wirtschaftsparlaments kraftlos zu  
machen. Wenn letzteres eine Vorlage verwirft, so ist sie  
dennoch an das politische Parlament weiterzuleiten und,  
falls sie dort Annahme findet, dem Wirtschaftsparlament  
erneut vorzulegen. Weist dieses dann auf seinem ablehnen-  
den Standpunkte fest, so treten wiederum für das politi-  
sche Parlament die erschwerenden Abstimmungsbedingungen  
ein. Zu erwägen bleibt noch, ob nicht gegen einen mit  
Zweidrittel oder Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des  
politischen Parlaments, der sich gegen eine Abstimmung  
des Wirtschaftsparlaments richtet, der Regierung als  
außerliches Mittel die Auflösungsbesugnis zu erteilen wäre.  
Der preussische Verfassungsentwurf sieht diese Maßregel  
zur Sicherung der Stellung des Finanzrats ausdrücklich vor.

Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß  
der Gedanke der Schaffung von Wirtschaftsparlamenten auch  
in der Mehrheitssozialdemokratie Anhänger besitzt. Der  
Mehrheitssozialist Kallisch will neben jedes Parlament des  
allgemeinen Rechtsrechts in Stadt, Kreis, Provinz und Land  
ein Wirtschaftsparlament errichtet wissen, das er „Kammer  
der Arbeiter“ nennt und in dem außer den Arbeitern auch  
alle anderen an der Produktion beteiligten Schichten ver-  
treten sein sollen. Ein Gesetz soll nur durch Zustimmung  
beider Kammern, der politischen wie der wirtschaftlichen,  
zustandekommen, und beiden Kammern will Kallisch das  
Recht gewähren, in den Fällen, wo sonst eine Auflösung  
des Parlaments erfolgen würde, eine Volksabstimmung zu  
fordern. Die Bewirkung dieses Programms würde  
das Nebeneinander von Parlamenten verschiedener Art doch  
gar zu dünn und vielgestaltig machen; zum mindesten müßte  
die Errichtung von Wirtschaftsparlamenten außer im Rechte  
auf die Länder beschränkt bleiben. Vor allem aber kommt  
es darauf an, die neue Regelung erst einmal im Reich  
durchzuführen, und hier bietet sich im Reichswirt-  
schaftsrat bereits eine geeignete Grundlage, auf der  
sich durch eine entsprechende erweiterte Ausgestaltung ein  
Reichswirtschaftsparlament errichten läßt. Es wird sich im  
Interesse der Geltung unseres Wirtschaftslebens em-  
pfehlen, daß die bürgerlichen Parteien in dieser Angelegen-  
heit eine nachdrückliche Initiative ergreifen. Wollte sich  
der Großindustrielle Hugo Stinnes, die neue hervorragende  
Wirtschaftsautorität der Deutschen Volkspartei im Reichs-  
tag, seinen Einfluß nach dieser Richtung in Bewegung.  
Die ganze Entwicklung, die machtvoll auf den politischen  
Ausbau der wirtschaftsparlamentarischen Organisation hin-  
drängt, bietet die interessanteste Erscheinung, daß sich damit  
gerade in den gegenwärtigen demokratischen Zeitaltern die  
Rückkehr zu dem verfassungsmäßigen Gedanken voll-  
zieht, der vor dem Kriege von der Rechten lebhaft vertreten  
und noch während des Krieges bei den preussischen Wahl-  
rechtskämpfen als vermittelnder Ausweg empfohlen wurde.

### Die Seeresverminderung durchgeführt.

Berlin, 10. Juni. Die Seeresverminderung des  
Deeres auf 200 000 Mann ist jetzt durchgeführt. Von  
heute ab liegen in der 50-Kilometer-Zone nur noch zwei  
Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie. Diese  
Truppen bilden einen Teil des 200 000-Mann-Deeres.

London, 10. Juni. Das britische Kriegsministerium  
veröffentlicht folgende Mitteilung: Die interalliierte Kon-  
trollkommission hat Kenntnis davon erhalten, daß die  
Deutschen annähernd 22 000 Geschütze und  
Geschützrohre aller Kaliber, angefangen vom Kaliber  
7,7 bis zum allergrößten Kaliber, zu zerstören oder in  
Uebereinstimmung mit den Friedensvertragsbestimmungen  
unbrauchbar zu machen haben. Bis jetzt sind davon  
3500 zerstört worden, einschließlich derjenigen, die die  
Deutschen selber, sei es vor, sei es seit Einrichtung der  
Kontrolle, vernichtet haben.

### Rücktritt des Staatssekretärs Stöck.

Berlin, 10. Juni. Wie wir von zuständiger Stelle er-  
fahren, hat der Staatssekretär im Reichswehr-  
ministerium Stöck gestern dem Reichspräsidenten  
keinen Rücktritt angeboten. Der Reichspräsident hat das  
Rücktrittsgesuch angenommen, aber den Staats-  
sekretär gebeten, sein Amt fortzuführen, bis die neue Regie-  
rung gebildet wird. (W. T. B.)

### Ein Automobilpark in Spartakistenhand.

München, 10. Juni. Der in München bestehende, früher  
dem Reichswehrministerium, jetzt der Reichswehrhandelsge-  
sellschaft gehörende Automobilpark mit 1000 Kraftwagen  
für die Reichs-, Einwohner- und Polizeiwachen, die für die  
Verforgung der Truppen und Einwohner mit Lebens-  
mitteln dienen, ist mit sämtlichen Vorräten an Benzin,  
Gummis usw. in den Händen von unabhängigen und sparta-  
kistischen Arbeitern.

### Der vorläufige Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 10. Juni. In einer getrigen Kabinettsitzung  
ist endlich die Frage des Obdachs für den vor-  
läufigen Reichswirtschaftsrat entschieden worden.  
Für die Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates  
wird der Plenarsitzungsraum des Herrenhauses zur  
Verfügung gestellt werden und daneben werden einige  
Räume im alten Kriegsministerium für seine Bureaus  
und seine Kommissionen freigegeben. Nach der Lösung der  
Raumfrage ist es nun möglich, den Zusammentritt des  
vorläufigen Reichswirtschaftsrates noch im Monat Juni zu  
fixieren. Es liegt natürlich im allgemeinen Interesse, den  
Reichswirtschaftsrat so schnell als irgend möglich zu-  
sammenzubringen, denn eine Lücke, in der sich die  
Vertreter des Wirtschaftslebens ohne Parteigruppierungen  
treffen, könnte auch zur Erschütterung der gegenwärtigen  
inneren Schwierigkeiten einiges beitragen.

### Riesendiebstahl Düsselдорfer Eisenbahner.

Düsseldorf, 10. Juni. Durch die Eisenbahn-Kriminal-  
abteilung Düsseldorf wurden umfangreiche Güter-  
diebstähle aller Art, die seit drei Jahren auf dem  
Düsselдорfer Hauptbahnhof ausgeführt wurden, aufgedeckt.  
Bisher sind 45 Beamte und Arbeiter verhaftet  
worden, darunter 1 Oberbahnassistent, 6 Rangiermeister,  
9 Rangierführer, 5 Lokomotivführer, 2 Heizer, 7 Weichen-  
steller usw.

### Gegen die Zwangswirtschaft.

Salle, 10. Juni. Der Väter-Immunitätstag von Thürin-  
gen, Sachsen und Anhalt hat beschlossen, durch Entsendung  
von Delegierten bei der Staatsregierung für die neue  
Ernte die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu  
fordern, im Falle der Ablehnung oder der Annahme von  
Zwangswirtschaft zu verweigern.

## Zur holländischen Kabinettskrise.

Rom, 10. Juni. Der Vizepräsident gab vor überfüllten  
Kammern der Kammer der Ritterschaft Orlandos als  
Kammerpräsidenten bekannt. Ritti erklärte, die Regierung  
habe ihren Erlaß bezüglich der Propaganda-Erhebung zurück-  
gezogen, was einen starken Bruch der Kammer veranlaßte  
und nur von Seiten der Sozialdemokraten mit Jubel begrüßt  
wurde. Man nimmt als Ritti Nachfolger Garro an, der  
den Rechtsliberalen angehört. Garro gab eine Erklärung  
über die Haltung der Liberalen, die von den Sozialisten  
mit Schimpfwörtern beantwortet wurde. Schließlich kam es  
zu einer Schlichtung. Ritti erklärte, es sei unmöglich,  
ein Datum für die nächste Sitzung festzusetzen, worauf die  
Sitzung geschlossen wurde.

### Giolitti als Nachfolger Ritti.

Rom, 10. Juni. Als Ritti's Nachfolger wird jetzt  
allgemein Giolitti genannt. Der bekannte Republikaner  
Giolitti, seit Jahren ein persönlicher Feind Ritti's,  
sagte dem Vertreter eines Berliner Blattes: Auch ich werde  
für Giolitti stimmen; denn Giolitti verkörpert in diesem  
Augenblick die einzige stabile Regierung. Als Giolitti  
Kerngruppe dürfte, wie bei Ritti, wieder die Katholische  
Volkspartei figurieren, der nach wie vor die Sozial-  
istische Partei feindselig gegenübersteht.

## Gegen die Grenzführung in Schleswig.

Hamburg, 10. Juni. Der Kreislag des Landkreises  
Hamburg legte in einer Entscheidung einstimmig scharfe  
Verwahrung dagegen ein, daß als neue deutsch-dänische  
Grenze die sogenannte Klausellinie in Aussicht genommen  
sei. In dieser Verwahrung heißt es: Der vorgelagerte Ent-  
wurf findet keinerlei Stütze im Verlaufe der Verhandlungen  
in den Verhandlungen in sich gegen das Deutsche Reich der Nordmark,  
wie es schmachvoller nicht gedacht werden kann, und schafft  
zwischen den Nachbarvölkern Uneinigkeit, die sich niemals  
werden überbrücken lassen und früher oder später ein Ende  
mit Schreden nehmen müssen. Der Kreislag verlangt in  
bestimmter Form von der Reichsregierung, daß sie unter  
keinen Umständen diesem Schandakte ihre Zustimmung gibt.  
Der Kreislag verlangt einstimmig, daß alle Forderungen,  
die im Verlaufe der Verhandlungen keine Begründung finden,  
abgelehnt werden. (W. T. B.)

### Die Volkshauskonferenz über Cupen.

Brüssel, 10. Juni. Zum Beschluß der Volkshauskon-  
ferenz betr. die Eisenbahn von Roubaix ist zu bemerken,  
daß nach dieser Entscheidung des Rates die Bewohner von  
Roubaix bei Deutschland verbleiben und daß die  
Eisenbahn der Deutschen hinsichtlich der Volksabstimmung in  
Cupen und Walmezy abgelehnt wird. (W. T. B.)

## Die Regierungsbildung in Braunschweig.

Braunschweig, 10. Juni. In der heutigen Sitzung der  
Landesversammlung, in der die Bildung der neuen  
Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein An-  
trag der Rechten, die Wahl einer neuen Landesregierung so-  
lange auszusetzen, bis die Frage der Bildung der neuen  
Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung  
über einen Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus  
3 Unabhängigen und 2 Sozialdemokraten zu  
bilden, ergab die Beschlussumfähigkeit des Hauses.  
Es fehlte der größte Teil der Fraktion des Landesparla-  
ments. Darauf wurde die Wahl der Regierung auf morgen  
vertagt. (W. T. B.)

### Die oldenburgischen Landtagswahlen.

Berlin, 10. Juni. Laut Abendblättern haben bei den  
Landtagswahlen zum Gesamtlandtag in Oldenburg die  
Deutsche Volkspartei 15, das Zentrum 11, die So-  
zialdemokraten 10, die Demokraten 7, die Unabhängigen 5,  
der Landbund und die Deutschnationalen je einen Sitz er-  
halten.

### Französische Lügen.

Berlin, 10. Juni. Die von Haas verbreitete Meldung,  
daß beim Abzuge der Senegaltruppe im besetzten rheinischen  
Gebiete eine große Anzahl deutscher Frauen sich ein-  
gelassen habe, um den Schwarzen Blumen anzuge-  
ben, beruht noch auf dem Aussehen an zuständiger Stelle auf  
freier Erfindung. (W. T. B.)

### Kaiserlicher Leichenfund in Saarbrücken.

Saarbrücken, 10. Juni. Gestern abend wurde hinter  
der Mianenfabrik die Leiche eines Mannes mit  
einem Säug in der Hand aufgefunden. Der Leichnam ist nach  
seiner Ausweisungsnummer französischer Staats-  
angehöriger. Etwa 100 Meter davon entfernt fand man  
die Leiche eines deutschen Mädchens, das eine  
Säugwunde im Kopfe hatte. Vermutlich handelt es sich um  
ein Eifersuchtsdrama. Jedenfalls wurde zuerst der Mann  
und dann das Mädchen auf der Flucht erschossen. Ermitt-  
lungen der deutschen Kriminalpolizei sind im Gange. (wtb)

## Polen und Tschechen.

London, 10. Juni. (Reuter.) In polnischen Kreisen  
Londons wird erklärt, die Tschechen hätten in der Si-  
lowonski sieben Divisionen dicht an der polnischen  
Grenze aufgestellt. (W. T. B.)

### Die englisch-russischen Handelsbeziehungen.

Osaka, 10. Juni. Einem Londoner Bericht des Newe  
Courant zufolge wird bahamitisch gemeldet, daß die  
Schwierigkeiten, die der sofortigen Wiederauf-  
nahme des Handels zwischen England und Rußland  
im Wege standen, jetzt beseitigt sind. Offenbar soll  
Gold und Platin als Zahlungsmittel dienen. (W. T. B.)

### Die englisch-russischen Handelsbeziehungen.

Osaka, 10. Juni. Der Newe Courant meldet aus Lon-  
don: Der künftige Ausbruch des Obersten Wirtschaftsrates,  
der gestern zum ersten Male mit Krassin zusammenkam,  
sollte, hielt eine Sitzung ab, an der Krassin aber nicht teil-  
nahm, da Lord George keine Kost hat geändert hat. (W. T. B.)

### Der englische Bericht über Sowjetrußland.

Rotterdam, 10. Juni. Wie „N. N. C.“ aus London  
meldet, sagte der Führer der englischen Arbeiterbewegung,  
daß die russischen Zustände unterhalb von u. a. die  
Volkswirtschaft hätten ausgezehrt, daß während der Sowjet-  
zeit ungefähr 300 Millionen Hungerer starben seien.  
Die Sowjetenscherzhaft sei jetzt zu Ende, aber  
die Todesstrafe sei für Spionagenfälle wieder eingeführt.  
Rußland leide Mangel an Lebensmitteln, Rohstoffen,  
Transportmitteln; 50 Prozent der Einwohner hungerten.

### Finische Truppenlandung auf den Ålandinseln.

Besel, 10. Juni. Die „Daily Mail“ berichtet aus Hel-  
singfors: Einige Infanterie-Regimenter, sowie Kavalle-  
rie- und Artillerieformationen sind Anfang dieser Woche  
von einem finnischen Geschwader kommend, auf den Åland-  
inseln gelandet. Die schwedische Regierung  
praktisch in Helsingfors gegen die permissiv gegen Schweden  
gerichteten Maßnahmen Finnlands.

## Die Aufgaben der Reichsschulkonferenz.

Wiederaufnahme unter Berliner Schulkonferenz  
Berlin, 10. Juni. In einer vom preussischen Kultus-  
minister einberufenen Besprechung über  
Prof. Spranger über das Thema: „Um was handelt  
es sich bei der Reichsschulkonferenz?“ Er führt aus, daß  
die Verhandlungen der Konferenz über das gesamte  
Bildungswesen erstrecken und zunächst sich dem einzelnen  
Lehrer und die Vorkläre zur künftigen Ausübung  
der Schulpflicht. Nach der Beratung sollen die Unterrichts-  
in der Vorbildung der Lehrer und Lehrerinnen aufhören.  
Die höheren Seminarbildung sei einseitig und unange-  
wünscht. Zur Berufsbildung werde die Einrichtung einer  
pädagogischen Fakultät bzw. die Schaffung von  
Pädagogischen Hochschulen verlangt. Besonders jetzt erhebe  
die pädagogische Wissenschaft an den deutschen Universitäten  
noch nicht. Zweifellos gebe es nicht genügend wissenschaft-  
liche Lehrkräfte auf diesem Gebiete. Man müsse in Preu-  
ßen mindestens 30 pädagogische Hochschulen mit durch-  
schnittlich 1000 Studierenden gründen. Der liberale Ge-  
danke, der die Hebung der Spitzen bewirke, werde  
auf der Reichsschulkonferenz mit dem demokratischen Ge-  
danken, der die Hebung der Massen betreibe, zusam-  
menstoßen. Die Hebung der Massen könne besorgt werden,  
jedoch nur mit dem Vorhandensein von Spitzen. Eine  
Bildungsreform werde jederzeit gebraucht. Schließlich  
forderte Prof. Spranger, daß eine Kammer der Bil-  
dung geschaffen werde, die in regelmäßigen Zeiträumen  
zusammenzutreten solle und dazu angeordnet sei, erspriechlicher  
zu arbeiten, als die Reichsschulkonferenz, die in acht Tagen  
zu ungeschworenes Gebiet durcharbeiten solle, um nachher  
wieder auseinander zu gehen.

### Eine gesetzliche Regelung der Preisfrage?

Berlin, 10. Juni. Zu der bereits vor einigen Tagen  
gedachten Meldung, daß ein offizielles Gesez an eine ge-  
setzliche Regelung der Preisfrage und an eine neue Ver-  
sicherung der Gesez gegen das Wertverfall gedacht wird,  
wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Eine Vorlage  
zur Senkung aller Lebensmittelpreise wird  
zur ersten Lesung sein, das von allen Parteien unter-  
stützt, dem neuen Reichstag zugehen wird. Man denkt an  
normierte Friedenspreise, die von Produzenten nicht über  
15 Prozent, vom Detailhändler nicht über 30 Prozent über-  
schritten werden dürfen. Lebensmittelpreise der  
und Wucherer, aber auch Schieber in anderen Waren  
sollen außer mit hohen Strafen durch vollkommene Ver-  
mögenskonfiskation und Kasserung des Geschäftes sowie  
durch das Verbot des Weiterhandels bestraft werden.  
Wohnungswucher wird durch Einziehung der Mietsen für  
den Hauswirt und durch zwangsweise Vermahlung des  
Dauers bestraft werden. Die „Dena“, die diese Mitteilun-  
gen verbreitet, bemerkt selbst dazu, daß die Nachricht vor-  
läufig noch sehr ungläubig klingt.

### Keine Erhöhung der Vieh- und Fleischpreise.

Berlin, 10. Juni. Das Reichsministerium hat be-  
absichtigt, die Vieh- und Fleischpreise zu erhöhen,  
um damit den Landwirten Ersatz für die nicht mehr auf  
der bisherigen Höhe zu haltenden Preise der Hüte zu  
schaffen. Dieser Absicht die Viehpreise auf anderem  
Wege so hoch zu halten, wie sie sich durch die Konjunktur  
auf dem Lebermarkt gestaltet hatten, ist jedoch von den  
sächsischen Staaten aufkeimend mit Erfolg er-  
gegengetreten worden. Aus Augsburg wird gemeldet, daß  
diese erneute Erhöhung der Fleischpreise nicht eintreten  
werde.

## Die nationale Bewegung in der Türkei.

Konstantinopel, 10. Juni. Als Antwort auf das Ulti-  
matum der türkischen Nationalisten an England, ihre Streit-  
kräfte aus Jsmid zurückzuziehen, haben in der Nacht zum  
6. Kriegsschiffe die Stellungen der Nationalisten hinter  
Tuzla unter Feuer genommen. Britische Abteilungen rücken  
von Jsmid aus vor, um die englischen Stellungen zu ver-  
stärken. Die Nationalisten melden, daß ihre Vorhut  
Hafasi nahe den Dardanellen und Fanderna erreicht  
haben. Die Einnahme dieser Ortschaften wird in Konstan-  
tinopel als Vorbereitung zu einem Nankenansturm gegen  
Smyrna gedeutet. Die Lage Kemal-Paschas scheint sich  
von Tag zu Tag. Nach den letzten Meldungen  
kehren die Streitkräfte der Nationalisten nur noch 40 Kilo-  
meter vor der Hauptstadt entfernt in Derko. Der Raniel  
des Propheten und die übrigen heiligen Reliquien des Kal-  
fats sind bereits in Gegenwart des Finanzministers und  
eines Flügeladjutanten des Sultans in einem versiegelten  
Kistchen in Sicherheit gebracht worden.

### Eine rote Tischlerin an Kemal-Pascha.

Osaka, 10. Juni. „Newe Courant“ meldet aus Moskau:  
Tischlerin hat an Mustafa Kemal-Pascha eine rote  
Gefascht, in der es u. a. heißt: Die Sowjetregierung hat mit  
Genehmigung Kenntnis von den Grundrissen genommen, die  
die auswärtige Politik der neuen türkischen Regie-  
rung in Angora leiten. Diese Grundriss enthalten die  
Erklärung der Unabhängigkeit der Türkei, die Einver-  
leibung unbestreitbar türkischer Gebiete in den türkischen  
Staat, die Erklärung Armeniens und Syriens zu un-  
abhängigen Staaten, ferner den Entschluß, Türkisch-Asien  
und Turkestan, dem Gebiete von Bntum, Ostirakien und  
allen anderen Gebieten mit türkisch-arabischer Bevölkerung  
das Selbstbestimmungsrecht zu geben, die An-  
erkennung nationaler Minderheiten im neuen türkischen  
Staate, die Entscheidung des Schicksals der Meerengen durch  
eine Konferenz der Uferstaaten des Schwarzen Meeres und  
namentlich die Befreiung der Kapitalnationen und der wirt-  
schaftlichen Kontrolle durch fremde Staaten, sowie der aus-  
ländischen Einflüsse. Die Sowjetregierung ist jeder-  
zeit bereit, auf Verlangen als Vermittler aufzutreten.  
Zum Schluß wird vorgeschlagen, sofort die diplomati-  
schen Beziehungen herzustellen.

### Die englisch-russischen Handelsbeziehungen.

Osaka, 10. Juni. Einem Londoner Bericht des Newe  
Courant zufolge wird bahamitisch gemeldet, daß die  
Schwierigkeiten, die der sofortigen Wiederauf-  
nahme des Handels zwischen England und Rußland  
im Wege standen, jetzt beseitigt sind. Offenbar soll  
Gold und Platin als Zahlungsmittel dienen. (W. T. B.)

### Die englisch-russischen Handelsbeziehungen.

Osaka, 10. Juni. Der Newe Courant meldet aus Lon-  
don: Der künftige Ausbruch des Obersten Wirtschaftsrates,  
der gestern zum ersten Male mit Krassin zusammenkam,  
sollte, hielt eine Sitzung ab, an der Krassin aber nicht teil-  
nahm, da Lord George keine Kost hat geändert hat. (W. T. B.)

### Der englische Bericht über Sowjetrußland.

Rotterdam, 10. Juni. Wie „N. N. C.“ aus London  
meldet, sagte der Führer der englischen Arbeiterbewegung,  
daß die russischen Zustände unterhalb von u. a. die  
Volkswirtschaft hätten ausgezehrt, daß während der Sowjet-  
zeit ungefähr 300 Millionen Hungerer starben seien.  
Die Sowjetenscherzhaft sei jetzt zu Ende, aber  
die Todesstrafe sei für Spionagenfälle wieder eingeführt.  
Rußland leide Mangel an Lebensmitteln, Rohstoffen,  
Transportmitteln; 50 Prozent der Einwohner hungerten.

### Finische Truppenlandung auf den Ålandinseln.

Besel, 10. Juni. Die „Daily Mail“ berichtet aus Hel-  
singfors: Einige Infanterie-Regimenter, sowie Kavalle-  
rie- und Artillerieformationen sind Anfang dieser Woche  
von einem finnischen Geschwader kommend, auf den Åland-  
inseln gelandet. Die schwedische Regierung  
praktisch in Helsingfors gegen die permissiv gegen Schweden  
gerichteten Maßnahmen Finnlands.

Pressekorrespondenz  
Berlin, 11. Juni 1918  
Nr. 202